

José M. Faraldo

Die Netzwerke des Terrors

Spanien und die Überwachung der osteuropäischen Sicherheitspolizei

Abstract

During the Cold War, several Eastern European intelligence organisations monitored Franco's Spain and, from 1975 onwards, closely observed the country's transition to democracy. They committed assassinations, chased those out of their countries who had found asylum there, and tried to gather information about the political and military situation in Spain. This paper analyses the aims and strategies of Communist intelligence organisations vis-à-vis a right-wing dictatorship with Fascist traits, in a country making the fragile transition to democracy. The focus thereby lies on those people who had to live between two dictatorships.

Die Archive der Sicherheits- und Staatspolizeien in allen ehemaligen ‚sozialistischen Ländern‘ speichern Wissen zur diktatorischen Vergangenheit dieser Region in den unterschiedlichsten Formen: Unterlagen von realen und möglichen Spitzeln, Akten über verfolgte Menschen, Stimmungsberichte und sogar literarische oder künstlerische Werke, die von der Geheimpolizei beschlagnahmt worden waren. Wahrscheinlich gibt es wenige archivalische Quellen in Europa, die so interessant für die Analyse zentraler Fragestellungen zur Sozial-, Kultur- und Politikgeschichte, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in dieser Region sind.¹ Nach dem Fall der Berliner Mauer verfahren die frischgebackenen Demokratien sehr unterschiedlich mit diesen Archiven und wiesen diesen Wissensspeichern fundamental andere Rollen im Demokratisierungsprozess zu. Viele Materialien wurden von der Polizei im Chaos der Übergänge selbst vernichtet, manche vermutlich von westlichen Geheimdiensten auf dubiosen Wegen ‚angeeignet‘.

Nach dem Fall der kommunistischen Regime übernahmen im Laufe der Jahre neu geschaffene Institutionen die Aufgaben der Erhaltung, der öffentlichen Bereitstellung für private Zwecke bzw. für eine wissenschaftliche Bearbeitung der Materialien. Da in der Regel die meisten dieser Unterlagen für die Verfolgung von Oppositionellen und für die Sicherung der Herrschaft im eigenen Land verwendet wurden, werden sie von ausländischen Historikerinnen und Historikern häufig als nur wenig nützlich für die Erforschung der Geschichte anderer Länder eingeschätzt.² Dies gilt

1 Siehe: Carola Lau, *Erinnerungsverwaltung, Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur nach 1989. Institute für nationales Gedenken im östlichen Europa im Vergleich*, Göttingen 2017.

2 Außer der Fall der Spionage, hierzu einige Beispiele: Nils Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR in Schweden. Zur Public Diplomacy der DDR gegenüber Schweden nach der diplomatischen Anerkennung (1972–1989)*, Berlin 2006; Gösta A. Eriksson, *DDR, Stasi und Schweden*, Berlin 2003; Anthony Glees, *The Stasi and UK-GDR Relations*, in: Stefan Berger/Norman LaPorte (Hg.), *The Other Germany. Perceptions and Influences in British-East German Relations, 1945–1990*, Augsburg 2005, 75–90; Jérôme aan de Wiel, *East German Intelligence and Ireland, 1949–90. Espionage, Diplomacy & Terrorism*, Manchester 2015; Beatrice de Graaf, *West-Arbeit (Western Operations). Stasi Operations in the Netherlands, 1979–89*, in: *Studies in Intelligence* 52 (2008) 1; <https://www.cia.gov/library/center-for-the-study-of-intelligence/csi-publications/csi-studies/studies/vol-52-no-1/west-arbeit-western-operations.html> (13. Juni 2018).

auch für Spanien, vorgeblich ja nur eine Randregion des Kalten Krieges. Dennoch bin ich im Laufe früherer Forschungen hin und wieder über Materialien gestolpert, die konkrete Maßnahmen ost- und ostmitteleuropäischer Staatssicherheitsorgane in Spanien erwähnen. Diese Beobachtung, aber auch schlichte Neugier und der Wissensdrang, ob und wie die osteuropäischen Staatssicherheitsapparate in Spanien präsent gewesen, in Politik und Alltagsleben eingedrungen waren, stand am Anfang dieses laufenden Projekts, das folgende Punkte untersucht:

- Interesse der Staatssicherheitsapparate an Spanien als Staat: Verfolgten diese die Ereignisse in Politik, Wirtschaft, Kultur, usw. und wenn ja, mit welchen Absichten, welchen Mitteln und mit Hilfe welcher Quellen? Hatte die Staatssicherheit Agenten in Spanien, warum, in welcher Form? Gab es überhaupt ein Interesse an geheimdienstlicher Tätigkeit in Spanien?
- Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern Spaniens, die in sozialistischen Ländern lebten: sowohl das politische Exil als auch – nach 1969 – Botschafts- und Konsulatsangestellte. Überwachung der osteuropäischen Exilierten in Spanien: Mittel und Formen der Kontrolle, Einflussnahme und inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den betroffenen Exilgemeinschaften.

Im Fokus dieser Untersuchung steht dabei die Perspektive der Staatsicherheit auf diese Themen. Quellen für die Untersuchung sind damit ausschließlich die Archive der staatspolizeilichen Einrichtungen selbst – und nicht die Unterlagen der National- oder Staatsarchive oder der Archive der jeweiligen Außenministerien. Es werden also nicht die Exilierten untersucht, sondern danach gefragt, wie viel und vor allem welches Material über Spanien und dessen Bevölkerung in den Archiven der kommunistischen Sicherheitspolizeien zu finden ist und um welche Art von Unterlagen es sich genau handelt.

Aus praktischen Gründen wurden drei konkrete Archive und damit drei unterschiedliche staatssozialistische Geheimpolizeien ausgewählt: der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in Berlin; das Instytut Pamięci Narodowy (Institut für nationales Gedenken – IPN) in Warschau sowie das Consiliul National pentru Studierea Arhivelor Securității (Nationaler Rat für das Studium der Securitate-Archive – CNSAS) in Bukarest.³ Das rumänische Archiv ist wichtig, weil in Rumänien seit den 1950er-Jahren eine spanische Kolonie existierte und umgekehrt Spanien auch ein wichtiger Zufluchtsort des antikommunistischen Exils gewesen war. Berlin wiederum ist interessant, weil sich in der ehemaligen DDR ebenfalls eine kleine Zahl spanischer antifranquistischer Exilantinnen und Exilanten befand, und es zudem der erste und lange einzige Staat des realsozialistischen Lagers war, der diplomatische Beziehungen zu Spanien unterhielt. Die ehemalige Volksrepublik Polen wurde zuerst eher als Kontrollbeispiel ausgewählt, wobei sich im Laufe der Forschungen herausstellen sollte, dass Polen viel interessanter war, als zu Beginn gedacht.

Der Kalte Krieg wird in Spanien in der Regel nur in transatlantischer Perspektive, d. h. in Beziehung zu den USA betrachtet, während osteuropäischer Konnex und Kontext völlig in Vergessenheit geraten und dies obwohl Antikommunismus und antisowjetische Einstellung die Grundlage und die persistente narrative Strategie von Francisco Francos Diktatur gewesen sind. Aber war nun Spanien tatsächlich wichtig für die staatssozialistischen Staaten? Hatten die unterschiedlichen Staatssi-

³ José M. Faraldo, *Las policías secretas comunistas y su legado. Valoración general y posibilidades para la investigación* [Die kommunistischen Geheimpolizeien und ihr Vermächtnis. Allgemeine Einschätzung und Möglichkeiten für die Forschung], in: Ayer 82 (2011) Dossier: El socialismo de Estado: cultura y política [State Socialism: Culture and Politics], 105-135.

cherheitsapparate auch Spanien in ihren Visieren? Und wenn dies alles zutrifft, in welcher Form ist dies geschehen?

Der Spanische Bürgerkrieg (1936–1939) war ein wichtiges symbolisches und diskursives Element für alle kommunistischen Parteien. Für die staatssozialistischen Regime wurde der Krieg in Spanien später zu einem bedeutenden Teil ihrer politischen und historischen Identität. Die Niederlage der spanischen Republik, der Verrat der westlichen Demokratien, das romantisierte Narrativ der Kämpfe ‚unter Spaniens Sonne‘ waren für viele Kommunistinnen und Kommunisten auch in einem biographischen Sinn zentral: Viele kommunistische Funktionärinnen und Funktionäre, aber auch einfache Parteimitglieder hatten in Spanien gekämpft oder waren dort als Berater der Komintern tätig gewesen: wie zum Beispiel der erste Leiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Wilhelm Zaisser.⁴ Auf der anderen Seite wäre auch denkbar gewesen, dass die ideologische Positionierung gegen die Franco-Diktatur zu einer möglichen Unterstützung des antifranquistischen Widerstands sowie der demokratischen und kommunistischen Opposition in Spanien hätte führen können – was ebenfalls wiederum das Interesse der Staatssicherheit an Spanien wecken hätte können.

Zuallerletzt können die empirischen Materialien auch dazu anregen, darüber nachzudenken, welche Rolle die geopolitische und geostrategische Lage Spaniens für die osteuropäischen Geheimpolizeien spielte.

Die Staatssicherheitsdienste bzw. die Geheimpolizeien waren fester Bestandteil des kommunistischen Systems in Ost(mittel)europa.⁵ Sie organisierten nicht nur die Repression auf oberster Ebene, sondern warfen mit ihrer Omnipräsenz einen undurchdringlichen Schatten auf den Alltag der Bevölkerung. Im Allgemeinen unterlagen die unterschiedlichen polizeilichen Einrichtungen der Kontrolle zwar der Staatspartei, aber es gab paradoxerweise auch Situationen, wo gerade diese Einrichtungen den Parteiapparaten gehörige Angst einjagen konnten.

Zu beachten ist weiters, dass für die Geheimpolizeien der realsozialistischen Staaten die ‚West-Arbeit‘ – eine interne Bezeichnung der DDR-Stasi – nicht nur in geografischem, sondern auch in politischem Sinn verstanden wurde: Breit definiert, verschwanden so die Grenzen zwischen ausländischer Spionagearbeit und geheimdienstlicher Tätigkeit und nach innen gerichteten, staatssicherheitsdienstlichen und repressiven Aufgaben.

Nach dem Ursprungsvorbild der sowjetischen Tscheka, hatte die Geheimpolizei in den realsozialistischen Ländern viele verschiedene Funktionen:

- Überwachung und Repression von realen oder vermeintlichen Feinden,
- Aufklärungsaufgaben und Abwehr gegenüber feindlichen Aufklärungsdienste,
- Kontrolle der Bevölkerung (z. B. Ausgabe von Ausweisen und Pässen),
- de facto militärische Funktionen (vor allem in Zeiten des Krieges, Aufstände oder Kollektivierung),
- Wirtschaftliche Funktionen.

4 Andrea Görldt, Rudolf Herrstadt und Wilhelm Zaisser. *Ihre Konflikte in der SED-Führung im Kontext innerparteilicher Machtsicherung und sowjetischer Deutschlandpolitik*, Frankfurt a. M. 2002.

5 Krzysztof Persak/Lukasz Kaminski (Hg.), *A Handbook of the Communist Security Apparatus in East Central Europe. 1944–1989*, Warschau 2005; Krzysztof Persak/Lukasz Kaminski/Jens Gieseke (Hg.), *Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991*, Göttingen 2009 sowie Krzysztof Persak/Lukasz Kaminski (Hg.), *Czekiści. Organy bezpieczeństwa w europejskich krajach bloku sowieckiego 1944–1989* [Tschekisten. Sicherheitsbehörden in den europäischen Ländern des Ostblocks 1944–1989], Warschau 2010.

Nicht alle diese Aufgaben waren in allen Ländern und zu allen Zeiten relevant.⁶ Und in der Regel waren auch nicht immer die jeweiligen Einrichtungen der Staatssicherheitsdienste die einzigen Institutionen, die diese Tätigkeiten übernahmen. Aber im Allgemeinen waren die Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung, die Unterdrückung möglicher Opposition schon in ihren Anfängen, sowie Spionage- und Gegenspionage immer Aufgabe dieser Art von Institutionen.

Mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Regime im Jahr 1989 wurden die Archive der politischen Polizei in den meisten Ländern freigegeben. In einigen Fällen erfolgte dies radikal und konsequent, wie in der ehemaligen DDR, der Tschechoslowakei oder den baltischen Staaten, in anderen langsamer, wie in Polen. In Rumänien und Bulgarien wiederum verfügten die jeweiligen Polizeiapparate auch nach der ‚demokratischen‘ Wende über so viel Macht und Einfluss, dass sie den Weg zur parlamentarischen Demokratie in einem gewissen Sinn ‚mitgestalteten‘, um es euphemistisch auszudrücken.

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geheimpolizeien variierte über die Jahre. Um diese Zahl dann auch genau festlegen zu können, müssen auch weitere Fragen beantwortet werden: Waren die Informantinnen und Informanten, die Spitzel auch zugleich Mitglieder der Staatssicherheit? Können wir eine Person als Informant betrachten, die einmal registriert wurde, aber tatsächlich nie Auskunft gab? Viele dieser Probleme sind bis heute nicht gelöst und bestimmen in manchen Ländern noch immer die politische Agenda.⁷ Auf jeden Fall hatte die rumänische Securitate 1989 etwa 15.000 Mitglieder und zwischen 400.000 und 700.000 Spitzel (bei einer Bevölkerung von 23 Millionen), die Stasi der DDR rund 90.000 Mitglieder und 174.000 Informantinnen und Informanten (bei einer Bevölkerung von 17 Millionen) und die polnische Służba Bezpieczeństwa (SB) 24.000 Funktionärinnen und Funktionäre und rund 98.000 Spitzel (bei einer Bevölkerung von 37 Millionen).

Die Gründe, warum diese Materialien so große Auswirkungen auf die Gesellschaft hatten, sind offensichtlich.⁸ Die kontinuierliche Beobachtung des Alltags von Menschen und ihrer intimsten Tätigkeiten gewährte Macht und Kontrolle über die Beobachteten. Die Geheimpolizeien konnten große Mengen an Daten sammeln, die das Potenzial hatten, einzelne Menschen zu kompromittieren. Mit solchen Akten sollten die Polizeien, die ‚Dissidenz‘ oder Opposition kontrollieren und zerschlagen, um das System zu erhalten. Oft zeugen diese Berichte von Fällen des täglichen Verrats oder wiederholter Untreue, vor allem sexueller Natur. Manchmal sind diese Berichte aber falsch oder übertrieben, sogar erfunden, um die Implementierung konkreter repressiver Maßnahmen zu rechtfertigen. So verfolgte die Stasi perfide ausgearbeitete Strategien der – in ihren eigenen Worten – ‚Zersetzung‘ oder ‚Demontage‘

6 Für allgemeine Betrachtungen über die DDR siehe: Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart/München 2001; für Polen: Ryszard Terlecki, Miecz i tarcza komunizmu: historia aparatu bezpieczeństwa w Polsce 1944–1990 [Schwert und Schild des Kommunismus: Die Geschichte des Sicherheitsapparates in Polen 1944–1990], Krakau 2009 sowie für Rumänien: Dennis Deletant, Ceausescu und die Securitate. Coercion and Dissent in Romania, 1965–89, London 1995; Marius Oprea, Bastionul cruzimii. O istorie a Securității (1948–1964) [Bastion der Grausamkeit.. Eine Geschichte der Securitate (1948–1964)], Bukarest 2008.

7 Für Studien zu den Spitzeln siehe: Markus Mohr/Klaus Viehmann (Hg.), Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte. Berlin/Hamburg 2004 und Mihai Albu, Informatorul. Studiu asupra colaborării cu Securitatea [Der Informant. Studien zur Kollaboration mit der Securitate], Bukarest 2008; für unterschiedliche Akten und Dokumenten siehe: Tina Krone/Irena Kukurtz/Henry Leide, Wenn wir unsere Akten lesen. Handbuch zum Umgang mit den Stasi-Akten, Berlin 1992; Ryszard Graczyk, Tropem SB. Jak czytać teczki [Die Spur des SB. Wie man Aktentaschen liest], Krakau 2007; Carmen Chivu-Duta/Mihai Albu, Dosarele Securității. Studii de caz [Dossiers der Securitate. Fallstudien], Bukarest 2007.

8 Péter Apor/Sándor Horváth/James Mark (Hg.), Secret Agents and the Memory of Everyday Collaboration in Communist Eastern Europe, London 2017.

oppositioneller Einstellungen sowohl bei Einzelpersonen oder Gruppen.⁹ Es gibt darüber inzwischen eine beachtliche Anzahl an Arbeiten, fast jedes betroffene Land hat ein gewisses Maß an wissenschaftlicher Forschung darüber bereits getätigt.

Die Tätigkeit der Staatssicherheitsdienste, die sich generell auf die eigenen Bürgerinnen und Bürger konzentrierte, richtete sich aber auch gegen Ausländerinnen und Ausländer. Im Kontext des Kalten Krieges waren kommunistische Geheimdienste ein wichtiges Stück des nicht deklarierten Konflikts und ihre Aktionen über das bzw. im Ausland folgen der Logik der damaligen Zeit. Angesichts der gemischten Eigenschaften der kommunistischen Staatssicherheitsapparate, die Aufgaben der internen Repression mit externer Spionage verbanden, gibt es auch viele Unterlagen zu den verschiedensten Formen der Überwachung und der Aktivitäten von Institutionen. Das trifft auch auf Spanien zu.

In allen drei untersuchten Ländern – DDR, Rumänien und Polen – gab es spanische Exilantinnen und Exilanten. Die meisten standen der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) nahe, waren nach dem Spanischen Bürgerkrieg zuerst in Frankreich ins Exil geraten. Die PCE war durch den Spanischen Bürgerkrieg und dem damit einhergehenden Mythos etwas Besonderes, hatte eine spezielle Aura, die die Partei von anderen kommunistischen Organisationen in Europa abhob. Persönlichkeiten wie Dolores Ibárruri, auch La Pasionaria genannt, oder Santiago Carrillo, Generalsekretär seit 1963, hatten große Autorität in der kommunistischen und stalinistischen Bewegung. Die in ihrer Heimat verbotene Organisation PCE war auf allen Ebenen eine transnationale Partei ohne Heimat, mit Zentren in verschiedenen Ländern – sowohl im Ost- als auch im Westblock.¹⁰ Viele Spanierinnen und Spanier wurden 1950, als Frankreich die PCE verbot, in das osteuropäische Exil gezwungen: Einige von ihnen kamen – nach einem Kurzaufenthalt in der UdSSR – nach Polen oder Rumänien: In der Regel schickte sie die Partei dorthin, aber einige gingen dahin, weil das Leben hier leichter schien als in der Sowjetunion oder – wie im Fall Rumäniens – kulturell näher zu Spanien stand. Im Rumänien der 1960er-Jahre arbeiteten diese Gruppe dann für Radio España Independiente, eine Art kommunistisches Radio Freies Europa mit dem Auftrag der Bekämpfung der Franco-Diktatur. Rumänien wurde auch ein Erholungsort für die spanische kommunistische Elite: Generalsekretär Santiago Carrillo und Ehrenpräsidentin Dolores Ibárruri verbrachten oft ihre Urlaube in Rumänien. In Polen wiederum existierten eher kleine Gruppen, manche davon, wie der zeitweise Liebhaber von Pasionaria, wurden zur Strafe dorthin geschickt.

Natürlich beobachteten alle drei politische Polizeien diese Exilgruppen, wobei das Material der ehemaligen Stasi der DDR das meiste für den Forschungszweck hergibt. Zunächst durchaus privilegiert, geriet die Integration der spanischen Exilantinnen und Exilanten immer schwieriger, und die Berichte zeigen eine zunehmende Ablehnung der Behörde ihnen gegenüber. Die Stasi war sich sehr wohl der verschiedenen politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe unter den politischen Emigrantinnen und Emigranten bewusst: Kämpfe, die in den 1970er-Jahren zu Brüchen innerhalb der Exil-PCE führen sollten. Die Stasi hatte sogar inoffizielle

⁹ Jens Gieseke, „Zersetzung“. Interpretationen und Kontroversen der Stasi-Historiografie am Beispiel einer geheimpolizeilichen Methode, in: Agnes Bensussan/Dorota Dakowska/Nicholas Beaupré (Hg.), *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizeien in Polen und Deutschland nach 1989*, Essen 2004, 149-172.

¹⁰ José M. Faraldo, *Entangled Eurocommunism. Santiago Carrillo, the Spanish Communist Party and the Eastern Bloc during the Spanish Transition to Democracy, 1968–1982*, in: *Contemporary European History* 26 (2017) 4, 647-688; David Ginard i Féron, *The Spanish Historiography of Communism. Light and Shade Following the Fall of the Wall (1989_2008)*, in: *Revista de historiografia* 10 (2009), 26-41.

Mitarbeiter (IM) unter die Spanier eingeschleust und kontrollierte die politische Orientierung der in der DDR lebenden spanischen Kommunisten. Im Mai 1973 erstellte die Stasi so eine Liste der PCE-Mitglieder in Dresden, Berlin und Leipzig – samt Beschreibung ihrer jeweiligen politischen Orientierung. Interessant ist dabei, dass jene Spanier, die ab dem Jahre 1970 als inoffizielle Mitarbeiter eingestellt worden waren, ausschließlich Anhänger des orthodoxen-stalinistischen Flügels im Bürgerkrieg um General Enrique Lister waren: Die Anhänger des Generalsekretärs und ‚Eurokommunisten‘ Santiago Carrillo und ‚Eurokommunisten‘ wurden in deren Berichten oft als opportunistisch und geldgierig beschrieben.

Die Aktivitäten der PCE wurden von der Stasi penibelst analysiert. Die benötigten Informationen erhielt sie durch die Berichte eines inoffiziellen spanischen Mitarbeiters, der Mitglied der Emigrantengruppen in Dresden und in Berlin war. Er lieferte zahlreiche Berichte über die Parteiveranstaltungen der PCE in West-Berlin; über Parteiversammlungen sowie die Kongresse der PCE, sammelte fortlaufend Informationen über verschiedene spanische Kommunisten in der DDR. Demgegenüber gibt es kaum Hinweise über ähnliche Tätigkeiten der Securitate in Rumänien.

Sowohl Stasi als auch die Securitate hielten ausländische Studierende unter Beobachtung, auch wenn sie versuchten, die Überwachung aus praktischen Gründen auf jene zu begrenzen, die ihrer Ansicht nach mit Terrorismus oder Ähnlichem eine Gefahr für das Land darstellen hätten können. So kontrollierten sie mit besonderer Sorgfalt muslimische und palästinensische Studenten in Bukarest, während diejenigen, die etwas mit der Unterstützung für den baskischen Nationalismus in der DDR zu tun hatten, wiederum für die Stasi von Interesse waren.¹¹ Diese beobachtete den spanischen linken und separatistischen Terrorismus in den 1970er- und den 1980er-Jahren sehr genau. Obwohl alle kommunistischen Geheimpolizeien eine allgemeine Überwachung der Entwicklung der baskischen nationalistischen Organisation Euskadi Ta Askatasuna (ETA – Baskenland und Freiheit) vornahm, scheint es so, dass allein die Stasi und die Securitate, in Kontakt mit den bewaffneten Gruppen kamen. Dennoch war es keineswegs so, dass die Staatssicherheit mit linksgerichteten Terroristen zusammenarbeiten wollte. Die ideologische Nähe war nicht genug für die Übernahme des Risikos.

Für die kommunistischen Länder bedeutete die mögliche Installation einer Operationsbasis der ETA in ihren Hoheitsgebieten – Versuche, die zumindest für die DDR dokumentiert sind – diplomatische Probleme.¹² In der Zeit der höchsten Aktivität von Linksterroristen (in den 1970er- und 1980er-Jahren), waren die kommunistischen Länder aber auch zum ersten Mal in europäische und/oder internationale Institutionen integriert oder befanden sich auf dem besten Weg dazu: Sie strebten ein seriöses und staatspolitisch achtbares Image an, wollten sie doch für sie ökonomisch wichtige Kredite in der westlichen Welt aufnehmen. Kontakte zu linksradikalen Sekten brachten in diesem Kontext nur Nachteile und Probleme.¹³ Und natürlich gab es immer noch auch die Möglichkeit, dass ausländische bewaffnete Organisationen Operationen auch auf ihren Territorien ausführen könnten – oder es zumindest versuchen würden. So beschränkten sich die Staatssicherheitsdienste des Ostblocks auf Überwachung, erlaubten es aber linksterroristischen Organisationen

11 Beispiele: für Rumänien: Consiliul National pentru Studierea Arhivelor Securității (CNSAS) [Nationaler Rat für das Studium der Archive der Securitate], Fond Informativ, D003424, Vol. 33; für die DDR: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) Ministerium für Staatssicherheit Hauptabteilung (MfS HA) XXII 817/2.

12 BStU, MfS HA XXII 5834/1, insbesondere 48-49.

13 BStU, MfS HA XXII 5539/11, 111-120.

nicht, sich in ihren Ländern dauerhaft zu etablieren und boten ihnen so gut wie keine direkte Hilfe an.

Wahr ist aber auch, dass sie innerhalb ihrer Hoheitsgebiete zumindest die ETA-Leute nicht verfolgten, selbst dann nicht, wenn eine Fahndung der Interpol oder Auslieferungsanträge vorlagen. Aber im Allgemeinen hatten die altmodischen, im gewissen Sinn konservativen Herren der kommunistischen Polizeien wenig Verständnis für die jungen westlichen Radikalen auf der Suche nach ihren nationalistischen Freiheiten oder Autonomien. Im Falle der ETA wissen wir nur von einem konkreten Fall der Zusammenarbeit mit der rumänischen Securitate. Diese hatte während des Angriffs auf den Sitz von Radio Free Europe 1980 in München stattgefunden, aber die Zusammenarbeit erfolgte über den Kanal von Carlos, dem Schakal, der auch dafür verantwortlich zeichnete: Der Beitrag der ETA war einzig und allein die Lieferung eines Wagens.¹⁴ Auch ausländische Botschaftsangestellte wurden mit Beharrlichkeit beobachtet. So wurde eines der Mitglieder der spanischen Handelsvertretung in Warschau seit seiner Ankunft im Jahr 1970 überwacht. Die SB beschuldigte ihn in ihren Dokumenten „intimer Kontakte“ mit unterschiedlichen Frauen. Unabhängig von der Überprüfbarkeit dieser Vorwürfe, ist der Bericht eindeutig ein Versuch, etwas gegen ihn zu finden, war doch der SB der fixen Überzeugung, dass er ein Spion im Auftrag der NATO sei. Die Aktion erwies sich als erfolgreich, weil der Diplomat, als er merkte, dass er beobachtet wurde, abrupt das Land verließ und nach Madrid zurückkehrte.¹⁵ Die Botschaften Spaniens wurden ebenfalls immer observiert, jedoch mit unterschiedlichem Erfolg. In den 1980er-Jahren verfügte die Stasi über Bilder, Pläne und andere Informationen über den Standort der Berliner Vertretung und kannte die Wohnorte der Diplomaten. Das Hilfspersonal der Botschaften vor Ort waren oft Beamte des Ministeriums für Staatssicherheit, die Leute, die Umzüge bzw. Einführung von Waren in Wohnungen des Personals der Botschaften durchführten, oft Agentinnen und Agenten der Stasi.

Zudem benutzten die Geheimpolizeien oft Lockvögel, um Opfer anzulocken und ihren Willen zu brechen. Im Jahr 1976 war einer der spanischen Diplomaten zu einer Universität im Süden Polens verreist, um mit Lehrern und Universitätsprofessoren über didaktische Methoden des Erwerbs der spanischen Sprache zu sprechen. Die SB hielt den Diplomat von Anfang an für ein geeignetes Subjekt der Spionage. Sie beschlossen, ihm eine Falle zu stellen, indem sie zwei Frauen als Lockvögel benutzten. Der Versuch schlug fehl, weil der Diplomat wenig Interesse an den beiden „relativ attraktiven Einheiten“ zeigte. Während er in der Stadt war, konnten aber die Agenten sein ganzes Gepäck im Hotelzimmer durchsuchen und Fotos von seinen Sachen machen.¹⁶ Die Überwachung einzelner Personen konnte von sehr langer Dauer sein, wenn auch oft nicht mit einer nachvollziehbaren Logik. Ich fand Beweise für die Überwachung einer Sekretärin der Handelsvertretung in Warschau von Mai 1971 bis Mai 1989. Während all dieser Jahre sammelte die SB ein Dossier von mehreren hundert Seiten mit Aufnahmen von ihr, ihren Freundinnen und Freunden sowie auch ihrer Familie, allein sie konnten nichts besonders ‚Subversives‘ finden.¹⁷ Die SB startete auch eine große Operation um einen spanischen Diplomaten, der im Jahr 1987 mit seinem Sohn nach Wrocław reiste, um einem Fußballmatch zwischen

14 Richard H. Cummings, *Cold War Radio. The Dangerous History Of American Broadcasting In Europe, 1950–1989*, Jefferson 2009.

15 Instytut Pamięci Narodowy (IPN) BU 01216/21 t. 2.

16 IPN Wr 053/2686.

17 IPN BU 01216/21 t. 3.

Real Sociedad und Śląska beizuwohnen.¹⁸ Solche Strategien in Bezug auf Ausländerinnen und Ausländer verliefen in allen drei untersuchten Ländern durchaus ähnlich, hatten aber unterschiedliche Prioritäten und veränderten sich auch im Lauf der Zeit.

Die Aktivitäten im Ausland hatten normalerweise zwei Hauptrichtungen: Einerseits musste das politische Exil überwacht werden, insbesondere im Zusammenhang mit Aktivitäten der Propaganda gegen das Regime (durch Radio Free Europe oder die externen Einrichtungen von Radio Nacional España). So war die polnische SB sehr aktiv in der Infiltration des Exils, hatte sogar in der kleinen Gemeinde von polnischen Emigranten in Spanien ihre Informanten. Zwei Frauen berichteten zum Beispiel unter dem Pseudonym „Redaktorka“ und „Saska“ über den Dichter Józef Łobodowski, der seit dem Zweiten Weltkrieg in Madrid lebte und eine der wichtigsten (und extrem kritischen) Stimmen der polnischsprachigen Sendungen des spanischen Rundfunks war.¹⁹

Die Securitate wiederum überwachte ebenfalls die Aktivitäten der rumänischen Gemeinschaft in Spanien, versuchte diese zu infiltrieren und zu beeinflussen. Sie hatte einige ihrer wichtigsten Mitglieder im Visier: so zum Beispiel George Uscatescu, Professor an der Universidad Complutense de Madrid. Der Fall Uscatescu illustriert die Art und Weise, wie die Securitate die Leute zu beeinflussen versuchte: Anfang der 1970er-Jahre besuchte der bekannte Philosoph und ehemalige Faschist das erste Mal seit 1945 seine alte Heimat. Er wurde von der Geheimpolizei durch Freunde und Familienmitglieder aufgefordert, etwas Positives über das Land zu schreiben. In Rumänien hatte seine eigene Schwester Berichte für die Securitate über ihn verfasst. Die Securitate dachte Anfang der 1980er-Jahre, dass George Uscatescu für immer nach Rumänien zurückwolle: Er – so die vorliegenden Berichte – demonstrierte „eine realistische Haltung“ gegenüber Rumänien und habe das kommunistische Regime akzeptiert. Die Securitate versuchte in der Folge Uscatescu davon zu überzeugen, einige Artikel für rumänische Zeitschriften als Ausdruck der Akzeptanz des Regimes zu schreiben. Tatsächlich sollte Uscatescu auch ein paar – unpolitische – Artikel verfassen: Aber es ist nur schwer zu glauben, dass sie für das Regime von Nutzen waren. Aber schon die bloße Tatsache, dass sie in rumänischen Zeitschriften erschienen waren, war ein Sieg für die Securitate. Uscatescu wurde gelobt, als „jemand, der sein Vaterland in einen Dialog gebracht hat“.²⁰ Um die Aktivitäten der Exilierten zu neutralisieren, griff man auch durchaus zu sehr heftigen Mitteln: Mord, Entführung auf der Straße und sogar Angriffe, darunter der Angriff auf Radio Free Europe im Jahr 1981, an der die Securitate und – marginal – die baskische Separatisten-Organisation ETA beteiligt waren, gehörten hier zum Repertoire. Auf spanischem Boden verübten aber nur Agenten der jugoslawischen Staatssicherheit mehrere Morde.

Andererseits schleuste die DDR-Staatssicherheit ihre Agenten auch ins Ausland ein. Noch in den 1980er-Jahren verfügte sie in Spanien über einen „Legalisten“ – einen Agenten mit einer nach außen hin ‚legalen‘ Beschäftigung, der zudem von seiner Frau – auch wenn selbst keine Agentin – unterstützt wurde. Allein konnte er sich nicht wirklich etablieren, fand keinen Weg, um Kontakte zu wichtigen Teilen der spanischen Gesellschaft herzustellen. Darüber hinaus wurde auch noch in seine Wohnung eingebrochen. Zwar behauptete er – so das vorliegende Material –, es

18 IPN Wr 053/2686, 8.

19 IPN BU 01136/613.

20 CNSAS, SIE 6754.

könnte die spanische Abwehr gewesen sein, seine Vorgesetzten schienen aber eher geneigt zu glauben, dass er nur ein weiteres Opfer der Welle von Diebstählen geworden war, die im damaligen Spanien auf der Tagesordnung standen.²¹ Die polnische SB nutzte unterdessen spanischen Boden und den Tourismus, um unbemerkt seine Informanten in der polnischen Emigration in England zu kontaktieren. Sehr interessant ist hier der Fall von Wiktor Troscianko, Dichter und Redakteur beim polnischen Dienst Radio Free Europe. Der überzeugte Antikommunist hatte für die SB mehrere Jahre hindurch spioniert und hielt in Spanien oft operativen Kontakt zu polnischen Agenten. Er schien Gefallen an seinen Reisen nach Spanien zu haben, weil er im Ruhestand nach Spanien übersiedelte und dort bis zu seinem Tod im Jahr 1983 lebte. Kurz danach schickte der SB ein Auto mit einigen Agenten aus Polen, die sein Haus stürmten und belastende Dokumente mit sich nahmen.²² Sowohl die spanischen Diplomatinen und Diplomaten als auch die politischen Exilantinnen und Exilanten standen unter ständiger Beobachtung durch die kommunistische politische Polizei. Bei ersteren galt ihr Hauptinteresse der Abwehr von möglichen Gefahren für das Regime, bei letzteren der Vermeidung von Fraktionskämpfen und von ideologischen Befragungen der Generallinie.

Im Allgemeinen wurde Spanien als feindlicher Staat angesehen – davon zeugen die zugänglichen Quellen und Berichte. Besonderes Augenmerk galt militärischen Fragen (z. B. Spaniens Beteiligung an der NATO) und der politischen Transformationen (Überwachung der PCE). Nur die DDR scheint auf geheime Informationen über ihre Agenten in der westdeutschen Regierung und der NATO-Zentrale zugegriffen haben. Dies gilt vor allem für die Regierungszeit Felipe González' nach 1982. Dass wir nur wenige Dokumente und Belege für geheimdienstliche Aktivitäten in Spanien finden konnten, könnte auf die Zerstörung von Archiven oder auf die Arbeitsteilung zwischen den unterschiedlichen Sicherheits- und Staatspolizeien hindeuten, die für diesen Beitrag noch nicht tiefer gehend analysiert werden konnten. Zudem waren die Tätigkeiten in Spanien nicht von höchster Priorität für die Geheimdienste. Die benötigten Informationen konnten sie auch – ohne die Kosten für die Einrichtung eines Netzes von Agenten in Spanien – an anderen Orten finden. Das weitaus wichtigste Thema für alle osteuropäischen Sicherheits- und Staatspolizeien (mit Ausnahme der Stasi) waren jedoch die Tätigkeiten ihrer jeweiligen politischen Emigrantinnen und Emigranten in Spanien. Die Überwachungen durch informelle Mitarbeiter erfolgten von Anfang der Volksdemokratien bis zu ihrem Ende.

21 BStU, MfS HA I 13771, 16-19.

22 Siehe IPN 01069/139. Quoted bei Pawel Machciewicz, *Walka z Radiem Wolna Europa (1950–1975) [Kampf gegen Radio Free Europe (1950–1975)]*, in: Ryszard Terlecki, *Aparat Bezpieczeństwa wobec emigracji politycznej i Polonii [Sicherheitsapparate und die polnische Emigration und Diaspora]*, Warschau 2005, 11-104, hier 70-79.

José M. Faraldo
Historiker, Universidad Complutense Madrid
jm.faraldo@ghis.ucm.es

Zitierweise: José M. Faraldo, Die Netzwerke des Terrors. Spanien und die Überwachung der osteuropäischen Sicherheitspolizei, in S.I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. DocumentatiON. 5 (2018) 1, 100-109.

DOI: 10.23777/sn.0118/swl_jfar01
<http://doi.org/cqtr>

SWL-Reader

Lektorat: Marianne Windsperger

S:I.M.O.N. – Shoah: Intervention. Methods. DocumentatiON.
ISSN 2408-9192

Herausgeberkomitee des Internationalen Wissenschaftlichen Beirats:
Peter Black/Robert Knight/Irina Scherbakowa

5 (2018) 1
DOI: 10.23777/sn.0118
<http://doi.org/csf6>

Redaktion: Éva Kovács/Béla Rásky/Marianne Windsperger
Web-Editor: Sandro Fasching
Webmaster: Bálint Kovács
PDF-Grafik: Hans Ljung

S:I.M.O.N. ist das halbjährlich in englischer und deutscher Sprache erscheinende E-Journal des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI).

Das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI) wird gefördert von:

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung



 **Bundeskanzleramt**

© 2018 by the Vienna Wiesenthal Institute for Holocaust Studies (VWI), S:I.M.O.N., the authors, and translators, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author(s) and usage right holders. For permission please contact simon@vwi.ac.at